

# Volks-Zeitung

Mit Berliner Familien-Zeitung  
Moden-Zeitung Sport-Zeitung  
Film-Zeitung Haus u. Garten-Zg.  
Techn. Zeitung Witzblatt „ULK“



Besteht täglich einmal, Sonntags, Festtage, Montags einmal, Abendsamer  
...  
Chefredakteur Otto Maschke

Strasse 66-67, Rosenfelder Strasse 6, Rathenower Strasse 3, Turmstrasse 11,  
...  
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Dollar: 111111

Der neue Groß-Projekt  
...  
Die amerikanische Presse  
...  
Die japanisch-russischen Ver-  
...  
Die Angelegenheiten der Ber-  
...  
tag in den Streit zu treten.

## Der 11. 8. doch noch Nationalfeiertag?

Ein dringliches Begehren des Deutschen Republikanischen Reichsbundes  
Wie wir erfahren, hat sich das Präsidium des Deutschen republikanischen Reichsbundes noch ein-  
mal dringlich an den Reichspräsidenten, den Reichsminister des Innern, den Reichstagspräsi-  
denten und an die Verfassungskommission des Reichstags gewendet mit dem Ersuchen, die vorzeitige  
Einberufung des Reichstags auch zur Erledigung des Reichstagsgesetzes zu benutzen. Sei eine Einigung der  
Parteien über das Rahmengesetz in der kurzen Zeit nicht zu erzielen, dann müsse alles daran gesetzt werden, einen  
Gesetzentwurf folgenden Inhalts durchzubringen: „Der 11. August, der Tag der Verkündung der  
Reichsverfassung, ist Nationalfeiertag.“

## Die „Möglichkeiten des Bürgerkrieges“

Eine sonderbare Antwort Dr. Cunos an den sächsischen Ministerpräsidenten

Berlin, 4. August. (W. T. W.)  
Die von uns unter dem 18. Juli veröffentlichte Mitteilung zu den  
Präferenzfragen über die Möglichkeiten eines  
Bürgerkrieges hat die sächsische Regierung zum Anlaß eines  
Schriftsatzes an die Reichsregierung genommen, das von der sächsi-  
schen Staatskanzlei alsbald der Presse übergeben worden ist. Auf  
dieses Schreiben hat wie wir erfahren, der Reichskanzler an  
den Herrn sächsischen Ministerpräsidenten die nach-  
stehende Antwort gerichtet:  
„Berlin, den 2. August 1923.  
Zu den in Ihrem Schreiben vom 25. Juli aufgeworfenen  
Fragestellungen zu nehmen, bin ich gern bereit.  
Die am 18. Juli veröffentlichte Erklärung der Reichs-  
regierung hat sich dagegen geäußert, daß mit einer gewissen  
Realitätsgewissheit in steigendem Maße öffentliche Möglich-  
keiten eines Bürgerkrieges erörtert wurden. Der Zweck der  
Verlautbarung war, vor der Fortsetzung solcher  
äußeren und innenpolitischen gleich schädlichen Verfahrens zu  
warnen und der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß die  
Reichsregierung bereit und in der Lage ist, allen  
Verfahrensmöglichkeiten Aussondierung und  
allen Anschlägen gegen Leben und Verfassung  
des Reichs mit Erfolg entgegenzutreten.  
Auseinandersetzungen der Besorgnis darüber, daß es zu  
schweren Konflikten kommen könne, waren der Reichs-  
regierung insbesondere auch aus Sächsischen und  
Thüringens auszugehen. Aus diesem Grunde wurde  
in der Verlautbarung besonders darauf hingewiesen,  
daß die Reichsregierung mit den Landes-  
regierungen von Sachsen und Thüringen im  
Interesse der ruhigen Entwicklung  
unserer innenpolitischen Verhältnisse  
Einvernehmen zu pflegen bemüht sei, und  
daß sie es in dieser Beziehung nicht an  
pflanzlichen, früherer Auswertbarkeit  
fehlen lassen.  
Was Sächsischen anlangt, so darf sich zur Begründung dieses  
Hinweises an die bedeutenden Erörterungen über Möglichkeiten  
eines Bürgerkrieges erinnern, die der sächsische Polizei-  
oberst Schöpinger in der „Stade“ veröffentlicht hat. In  
der zwischen uns bereits erörterten Rede in Niederplanitz  
vom 16. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, auch noch der  
in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 25. Juni von Ihnen abge-  
gebenen Erklärung von kommenden innenpolitischen, äußer-  
lichen und inneren Beziehungen und davon gesprochen,  
daß der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen würde und  
überdies gegenüber der hieraus entstehenden Verantwortung, die  
über die Sachsen und über Angehörige einzelner Parteien hinaus  
entstanden ist, hat die Reichsregierung in der Verlautbarung vom  
18. Juli für notwendig befunden, besonders auf die Be-  
ziehungen zu Sachsen hinzuweisen. Wie bereits  
in mündlicher Erörterung habe ich auch hier zu erklären, daß die  
Reichsregierung es als ihre erste Pflicht gegenüber dem Reich  
betrachten muß und wird, die Staatsordnung und Ver-  
fassung unter allen Umständen aufrecht zu er-  
halten.  
Entsprechend dem Vorgange der sächsischen Erklärung ist auch  
diese Erörterung der Presse zugänglich gemacht worden.“  
gez. Cuno.“

## Was nun?

von  
Carl v. Ossolatzky

Die englischen Minister sind in die Ferien gegangen, um  
sich auf ihren freundlichen Landstößen von den Strapazen der  
letzten Wochen zu erholen. Der Land wird wohl Gefühl werden  
schonmalen diesem Entschlaf zu summieren, denn niemals war  
die englische Politik erhaltungsbefähigter als jetzt.  
In letzter Zeit etwas zu reichlich Politik geschliffen hat.  
Ferien im Regierungsbauhe bedeuten zugleich Verlangung der  
Politik. Das heißt, alle die Angelegenheiten, die seit Wochen  
und Monaten die Zeitungen füllten und den Stoff abgaben  
für kurz- und langweilige Parlamentsreden, existieren nun  
für einige Zeit nicht mehr.  
Eine Ferienreise kann sich bekanntlich immer nur leisten,  
die wohl begütigt ist. Großbritannien kann sich in den  
letzten Tagen und ins Blaue hinein; das arme  
Deutschland steht auf dem Verrennen und blickt etwas entsezt  
dem in der Ferne entschwindenden Zug nach. Denn wir sind  
heute nicht in der Lage, unsere Probleme zu vertagen. Wir  
haben heute gründlicher verlassen als am ersten Tage der Ruhr-  
besetzung. Denn damals hatten wir noch die Hoffnung.

Die deutsche Politik hat sich wieder einmal mit einer fast  
bewundernswürdigen Konsequenz verreckt. Die letzte  
angenehme Regierungserklärung bedeutet einen tiefen schwarzen  
Schliff unter einer von vornherein wackeligen Bilanz.  
Derzeit fragen heute liebenswürdige Naivlinge: kann  
England einen solchen Weltkont schluden, daß Poincaré in  
seinem Antworten die wichtigsten englischen Antworten  
nicht einmal erwähnt? Kann das britische Weltreich es  
nicht einmal erlauben sich zu spielen, sondern  
mit seinem alleinigen Ansehen kämpfen müssen. Inwiefern  
wir mit dem Reichsgesetz, England kann nach einem großzügigen  
Operationsplan auf lange Sicht parat sein mit seinen Finanzen  
und Gegenständen umgeben. Und wer sich in solcher Situation  
befindet, der hat es nicht nötig, mit dem Götterhandbuch auf  
den Tisch zu schlagen. Der kann ohne sonderliche Er-  
klärungen einige Niederlagen einstecken.  
Aus dieser Grundeinstellung Englands ergibt sich die zu-  
recht tatsächliche Lieberlegenheit der sächsischen Methoden Fran-  
reichs. Poincaré weiß, daß es dem Allierten mehr darum  
zu tun ist, die einheitliche Aktion der Entente  
wiederherzustellen als für die Gerechtigkeit eine Lanze zu  
brechen. Mit Recht konstatiert die Pariser Presse, daß in den

zu die französische Regierung gerichteten Schriftstücken zwar  
vielerlei Kritisches enthalten ist, daß es aber an einem wirk-  
lichen festen Plan fehle, und mit billigen Trümpfen kann  
Poincaré auf seine eigenen zahlreichen Vor schläge verweisen.  
Die englische Politik in der Ruhrfrage ist ohne Zweifel  
schwach. Aber eben nur, weil es nicht in ihrer Macht liegt,  
wesentlichere Kräfte einzusetzen. Sie droht, aber sich löst  
nicht.  
Mit schmerzlichen Ertrauen hat man es in Deutschland  
zur Kenntnis genommen, daß England in seinem Antwort-  
entwurf sich dazu bereit erklärt hat, der deutschen Regierung  
die Aufgabe des passiven Widerstandes anzuraten. Man er-  
innert an frühere Reden Curzons, in denen dieser — ganz  
vorsichtig ausgedrückt — Deutschland zum mindesten nicht ein-  
müht hat. Aber man überseh bei der durchaus huma-  
nitären Formulierung Curzons immer nur das eine, daß für  
England's Außenpolitik das Gefühlargument niemals aus-  
schlaggebend ist. Lord Curzon hat deutlich zu verstehen ge-  
geben, daß ihm der Sinn für die dramatische Bewe-  
gung des grandiosen Kampfes zwischen unter Soldateska  
und sächsischen Bürgern durchaus nicht abgeht, aber als ver-  
antwortlicher Leiter der Außenpolitik kommt für ihn weder  
Sentiment noch Wehmut in Frage, sondern lediglich das  
Interesse des Landes. Und wenn er in diesem Sinne die Auf-  
rechterhaltung der französischen Allianz für richtig hält, als  
eine energiegelbe Intervention zugunsten Deutschlands, so  
täuße man sich nicht; er wird sich persönlichen Empfinden auf  
dem Altar der Allianz niederlegen. Und man täusche sich  
nicht: trotz Keynes' oder Mozell' oder Garbin, der  
wiederhin nicht: trotz Keynes' oder Mozell' oder Garbin, der  
auszuschlaggebende Teil der öffentlichen Meinung steht ihm zur  
Seite. Lord Balfour, der Herrscher über den britischen  
Lager, wird nicht: trotz Keynes' oder Mozell' oder Garbin, der  
auszuschlaggebende Teil der öffentlichen Meinung steht ihm zur  
Seite. Lord Balfour, der Herrscher über den britischen  
Lager, wird nicht: trotz Keynes' oder Mozell' oder Garbin, der  
auszuschlaggebende Teil der öffentlichen Meinung steht ihm zur  
Seite.

zunehmen und Frankreich seine schwarze deutsche Suppe allein  
auslöffen zu lassen. Das ist nun der Angereizteste unter den  
Franzosengegnern. Welch eine schandhafte Konsequenz liegt  
für uns in diesem „Demonstrationsakt“!  
Der englische Traum ist zerronnen. Was  
nun?  
Veräurte Monate sind nicht wieder gutzumachen. Aber  
vielleicht läßt sich, mit, wenn auch spät erwachter Laifkraft,  
wenigstens das Beste vermeiden. Inwiefern Außenpolitik hat  
wie schmerzhaft nach England geklagt und darüber die Mög-  
lichkeit einer direkten Intervention mit Fran-  
reich nicht einmal in Betracht gezogen. Wir brauchen nicht  
aufzuwachen, was gefühlsmäßig sich einer solchen Politik ent-  
gegenstemmt. Mehr als sechs Monate Ruhrkampf sind nicht  
einfach fortzuziehen, gewiß nicht. Es läßt sich weiter  
darauf verweisen, daß Frankreich bisher stets die unbedingte  
Kapitulation gefordert hat. Das ist ohne Zweifel richtig.  
Aber ebenso richtig bleibt, daß die Probe aufs Exem-  
pel bisher noch nicht wirklich gemacht worden ist. Etwa hat  
die deutsche Politik den Fehler begangen, sich gleichsam als  
Protektionist der englischen Politik zu präsentieren. Und  
Frankreich, das hat sich deutlich genug gezeigt, will nicht  
durch das Medium Englands Deutschlands Stimme ver-  
nehmen. Die Reorganisation des Ruhrgebietes ist nicht genügt,  
ihren Widerstand ohne Garantie aufzugeben, darüber  
herrscht Klarheit. Aber Klarheit herrscht auch darüber, daß  
sie jeden Schritt unterstützen wird, der geeignet ist, den  
ehrenvollen Frieden herbeizuführen und das grau-  
volle Chaos beendet. Das ist oft genug betont worden.  
Voransetzung zu einem glücklichen Gelingen ist  
allerdings, daß Deutschland sich wieder in verhandlungsfä-  
higen Zustand bringt. Mit Zug wird allgemein über  
die mangelnde Aktivität unserer Außenpolitik geklagt, aber